

„Pauschalierung passt nicht mehr zur Realität“

Rheinland-pfälzische Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler unterstützt BdB

Mainz, 24. Juli 2015 – „Die schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe der Betreuung erfordert eine angemessene Vergütung. Die Pauschalierung von Zeitkontingenten und Stundensätzen, die aus dem Jahr 2005 stammt, passt heute nicht mehr zur Realität im Betreuungswesen.“ Dies sagte die rheinland-pfälzische Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Sabine Bätzing-Lichtenthäler (SPD) im Gespräch mit Vertretern der BdB-Landesgruppe Rheinland-Pfalz. Bätzing-Lichtenthäler war damals Mitglied im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages und erlebte in dieser Rolle die Verhandlungen zum Vergütungssystem in der beruflichen Betreuung.

„Der Bedarf an Betreuung wird weiter steigen, unter anderem schon aufgrund der demografischen Entwicklung“, so die Ministerin. Deshalb muss die Qualität in der Berufsausübung von Berufsbetreuerinnen und -betreuern sowie den Betreuungsvereinen langfristig gesichert werden.“

BdB-Landessprecherin Regina Geller: „Die Pauschalierung fußt auf der Annahme, dass sich in einer Mischkalkulation einfache und komplexere Fälle ausgleichen. Leider sieht die Realität heute so aus, dass wir es fast nur noch mit komplexen Problemlagen zu tun bekommen. Außerdem haben die bürokratischen Aufwände erheblich zugenommen. Anträge werden ebenfalls immer komplexer. Die Mischkalkulation ist Makulatur.“

Ministerin Bätzing-Lichtenthäler kritisiert, dass es keine wirksame Sonderregelung für besonders schwierige Fälle gibt. Hier sieht sie zugleich eine Chance für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Berufsbetreuung: „Es gilt zu schauen, wie Härtefallregelungen bei besonders aufwändigen Betreuungen getroffen werden können.“ Dafür sagte Bätzing-Lichtenthäler ihre Unterstützung zu. Über tragfähige Lösungen steht die Ministerin bereits in Gesprächen mit Justizminister Gerhard Robbers. Eine große Lösung ist nach Auffassung von Bätzing-Lichtenthäler nicht vor 2019 realistisch, da das Bundesjustizministerium die Ergebnisse der rechtstatsächlichen Untersuchung auswerten wird.

An dem Gespräch im Sozialministerium des Landes Rheinland-Pfalz nahmen Referent Olaf Noll, BdB-Landessprecherin Regina Geller sowie BdB-Landesvorstandsmitglieder Christine Rücker und Hans-Jürgen Schlieff teil. Der Dialog soll zeitnah fortgesetzt werden.

Pressekontakt:

nic communication & consulting | Bettina Melzer

Tel: 030 – 23 63 55 46 | mobil: 0163 – 575 1343 | Email: bm@niccc.de

Über den BdB:

Der Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e.V. (BdB) zählt mehr als 6.700 Mitglieder. Er ist die größte Interessenvertretung des Berufsstandes „Betreuung“. Der BdB vertritt die Interessen seiner Mitglieder in bundes- und landespolitischen Gremien. Der Verband fördert die Professionalisierung von Berufsbetreuung und verfolgt das politische Ziel, Betreuung als anerkannten Beruf zu etablieren. Er setzt sich für die Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Betreuungsarbeit ein. Der BdB bietet Service- und Dienstleistungen wie Rechtsberatung, unterstützende PC-Software oder Versicherungsleistungen.